

Beschluss auf der Fraktionssitzung am 13.12.2010

Verkehrspolitik mit Augenmaß zum Wohle aller VerkehrsteilnehmerInnen

Wie schon in vergangenen Jahren beobachten wir Grüne auch diesmal im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen ein Ansteigen von Häufigkeit und Heftigkeit von Vorwürfen in Sachen angeblich autofeindlicher Verkehrspolitik. Kritik an angeblicher Gängelung von AutofahrerInnen weist scheinbar die besten Zustimmungschancen bei Auto fahrenden Wählerinnen und Wählern auf. Ohne auf die zu beobachtenden Falschinformationen und die verwendete Polemik einzugehen, stellt die Grüne Bürgerschaftsfraktion folgendes klar:

1. Die im Verkehrskonzept Nordost zusammengefassten Maßnahmen wurden von mehreren Beiräten mit großer Mehrheit beschlossen. Vor allem die barrierefreien Überquerungsmöglichkeiten der Kurfürstenallee liegen uns sehr am Herzen. Bisher konnten ältere und gehbehinderte MitbürgerInnen oder Eltern mit Kinderwagen ganzjährig, sowie viele AnwohnerInnen bei vereisten Brücken im Winter, die zwölf Grad steilen Übergänge nicht benutzen. Der Umweg war zeitraubend bis unzumutbar. Ein Umbau der Brücken hätte entweder zu Enteignungen und Häuserabbrissen auf beiden Seiten der drei Brücken oder zu sehr hohen Investitions- und Wartungskosten für sechs Fahrstuhlanlagen geführt. Die jetzt gefundene Lösung der Fußgängerampeln, die nur auf konkrete Anforderung hin umschalten, ist von allen geprüften Alternativen die für die AnwohnerInnen praktischste, kostengünstigste und den Autoverkehr nur minimal belastende Lösung.

Der Vorwurf der Behinderung des Einzelhandels und der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Innenstadt generell ist abwegig. Am vergangenen 3. Adventswochende liest man in Bremens Zeitungen neben den Artikeln zur angeblichen Verkehrsbehinderung der City die Schlagzeilen „Bremen im Ansturm der Besucher“ (WK) und „Süßer die Kassen nie klingeln – Übervolle City beim großen Weihnachtsshopping“ (Bild). Wer selbst dabei war, bekam vielleicht Angst im Gedränge unterzugehen, aber keine Angst um die Umsätze in der City.

2. In Sachen A281 gibt es jetzt nach vielen Auseinandersetzungen und einem verlorenen Gerichtsverfahren die Möglichkeit, die kurz- und langfristigen Interessen der Wirtschaft in Bremen, insbesondere der Logistikunternehmen im GVZ und die Interessen der AnwohnerInnen in Kattenturm, Huckelriede und der Neustadt unter einen Hut zu bringen und dabei schnell und gezielt zu handeln. Nach Vorliegen des

Leipziger Urteils muss die kurzfristige vierspurige, kreuzungs- und ampelfreie Verbindung des bisherigen Teilstücks der A281 mit der A1 über den Zubringer Arsten realisiert werden. Gleichzeitig muss ein Planungs- und Beteiligungsprozess in Gang gesetzt werden, um den mittelfristigen Ausbau der A281 unter Einbeziehung der Bauabschnitte 2.2 und 5. (B6N) voranzutreiben.

3. Die im Grünen Wahlprogramm 2011 erwähnten langfristigen Themen „Abriss der Hochstraße am Breitenweg“ und „Prüfauftrag für eine City-Maut“ geben Denkansätze für zukünftige Elemente bremischer Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik wieder. Wir haben immer betont, dass ein Abriss der Hochstraße nur in Frage kommt, wenn der zurzeit im Bau befindliche Autobahnring A281 rund um Bremen geschlossen ist. Ziel dieses Autobahnringes ist es auch, die Innenstadt und die Neustadt von, insbesondere LKW-, Verkehren zu entlasten und die Brummis möglichst zeit-, emissions- und kostensparend an Bremen vorbei zu lenken.
Eine City-Maut wie in so vielen deutschen Großstädten zumindest auf ihre Machbarkeit, ihre Finanzwirksamkeit, ihre Auswirkungen auf den Einzelhandel und ihre Verkehrslenkungseffekte hin zu prüfen, halten wir angesichts des Finanzierungsdefizits bei der Instandhaltung der bremischen Straßeninfrastruktur für sinnvoll. Ob eine City-Maut zu Bremen passt oder nicht, kann ohne sachgerechte Prüfung nicht abschließend entschieden werden.

Bündnis90/Die Grünen, Bürgerschaftsfraktion

Der Fraktionsvorstand